

Antrag 2018/KL/18
SPD-Kreisverband Rhein-Hunsrück

Empfehlung der Antragskommission: Ablehnung

Schluss mit Lohndumping im Bildungsbereich in RLP

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Landesregierung möge das Lohndumping bei Ar-
- 3 beitsverträgen im Bildungsbereich beenden. Die der-
- 4 zeit angewendete arbeitnehmerfeindliche Auslegung
- 5 des §16 TVL ist zu beenden.

6

7 Begründung

- 8 Der enorme Fachkräftemangel im Bildungs- und
- 9 Schulbereich in RLP muss mit vielen Vertretungsver-
- 10 trägen und befristeten Anstellungen begegnet wer-
- 11 den. Dabei werden, wo immer möglich, Löhne ge-
- 12 drückt. Hier entsteht ein bewusst herbeigeführter
- 13 Niedriglohnsektor im Bildungswesen, der auch die
- 14 Qualität in der Ausbildung unserer Kinder auf Dauer
- 15 gefährdet.
- 16 Dies ist möglich durch eine arbeitnehmerfeindliche
- 17 Auslegung des § 16 Absatz 2, nachdem Arbeitnehmer
- 18 gezwungen werden, Arbeitsverträge nur unter Ver-
- 19 zicht auf förderliche Berufserfahrungszeiten aus vor-
- 20 angegangenen Anstellungen zu unterschreiben. Da-
- 21 durch fallen sie in Erfahrungsstufe 0 zurück und
- 22 müssen erhebliche Lohneinbußen hinnehmen. Zudem
- 23 wird Berufserfahrung nur als einschlägig anerkannt,
- 24 wenn Sie in der gleichen tarifrechtlichen Eingruppie-
- 25 rung erworben wurde. So werden z.B. Vertretungsver-
- 26 träge in der Grundschule in weiterführenden Schulen
- 27 nicht anerkannt, obwohl alle anderen Voraussetzun-
- 28 gen aus dem Tarifrrecht erfüllt sind. Die Landesregie-
- 29 rung soll diese unsoziale Praxis beenden und Berufser-
- 30 fahrung vollumfänglich als einschlägige und förderli-
- 31 che Berufserfahrung anerkennen, wenn es sich um in-
- 32 haltlich vergleichbare Tätigkeiten handelt.